

ARGENTINIEN NACH DEN WAHLEN¹

PRÄSIDENTIN KIRCHNER GEHT GESTÄRKT IN DIE ZWEITE AMTSZEIT

Bernd Löhmann

Die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ist durch die landesweiten Vorwahlen am 14. August 2011 und die allgemeinen Wahlen am 23. Oktober gleichsam doppelt in ihrem Amt bestätigt worden. Mit rund 54 Prozent der Stimmen wurde sie wiedergewählt. Bei den parallel stattfindenden Kongresswahlen, bei denen die Hälfte der Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren neu bestimmt wurden, trug die sie unterstützende peronistische Wahlplattform „Frente para la Victoria“ (FPV) ebenfalls den Sieg davon. Künftig verfügt die FPV, gemeinsam mit den mit ihr verbündeten Parteiformationen, wieder über die Mehrheit in beiden Häusern. Außerdem wurden in den meisten Provinzen die Gouverneure und Parlamente neu gewählt. Hier setzten sich größtenteils diejenigen Kräfte durch, die eine Nähe zur nationalen Regierung aufweisen. Nur in drei der 24 föderalen Einheiten stellen offen oppositionelle Parteien die Regierung.

Zutreffend ist der Sieg Cristina Fernández de Kirchners als „Tsunami“ bezeichnet worden. Die durch zwei Plebiszite gestärkte Präsidentin verfügt nun über ein politisches Gewicht, das weit schwerer wiegt als das aller ihrer Amtsvorgänger nach der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie. Selbst ihr Ehemann Néstor Kirchner, der zwischen 2003 und 2007 argentinischer Präsident war und bis zu seinem Tode im Oktober 2010 als der eigentliche Lenker der argentinischen Politik galt, konnte sich zu keinem Zeitpunkt auf eine derartig breite Legitimations- und Machtbasis stützen. Kommentatoren hoben zudem hervor, dass es noch nie zuvor gelungen sei, ein Machtprojekt, wie es der Kirchnerismus darstellt, über drei Amtsperioden auszu-



Dr. Bernd Löhmann ist
Auslandsmitarbeiter
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Argentinien.

dehnen (Néstor Kirchner 2003 bis 2007; Cristina Kirchner 2007 bis 2011 und 2011 bis 2015).

Spekulationen über das neue Kabinett

Den politischen Raum bewegt nun die Frage, wie die Präsidentin diese bisher einmalige Machtfülle nutzen wird. Zwar gab sie sich in ihrer Rede am Wahlabend, wie zuletzt im Wahlkampf überhaupt, als konzilient und dialogbereit, doch ist noch nicht ausgemacht, ob die gedämpfte Tonlage im Diskurs der Präsidentin tatsächlich Ausdruck eines weniger konfrontativen Politikstils sein wird. Allzu viel Veränderung ist nicht zu erwarten. Wahrscheinlich wird das politische Personal weitgehend dasselbe bleiben. Auf markante Änderungen spekulieren die wenigsten, wenn die Präsidentin um den 10. Dezember – dann beginnt ihre zweite Amtszeit – ihr neues Kabinett vorstellt.

Wahrscheinlich wird das politische Personal weitgehend dasselbe bleiben. Auf markante Änderungen spekulieren die wenigsten, wenn Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ihr neues Kabinett vorstellt.

Viele rechnen damit, dass der derzeitige Planungsminister Julio de Vido in eine Schlüsselstellung rückt und vielleicht Wirtschaftsminister werden könnte. Sein guter Zugang zu Arbeitgebern wie Gewerkschaften lässt ihn prädestiniert erscheinen, die bevorstehende Etappe am besten zu meistern, bei der wirtschaftliche Herausforderungen und Verteilungskonflikte in den Vordergrund treten werden. Als neue Kabinettschefin kommt die arbeitsame und vorsichtig agierende Sicherheitsministerin Nilda Garré in Frage. Aber auch der smarte Innenminister Florencio Randazzo schien zeitweise Chancen auf die Leitung der „Jefatura de Gabinete“ zu haben. Sollte die Präsidentin ein Zeichen für die Verjüngung des Kabinetts setzen wollen, könnte Juan Manuel Abal Medina, jetzt Staatssekretär für Kommunikation, zum lachenden Dritten im Rennen um den Chefposten im Kabinett werden. Der künftige argentinische Vizepräsident und derzeitige Wirtschaftsminister Amado Boudou, der von der Presse zwischenzeitlich bereits als möglicher Ziehsohn Cristina Fernández de Kirchners für das Präsidentenamt gehandelt worden war, hat wohl zuletzt politisch zu selbstbewusst agiert, so dass sich die Präsidentin scheinbar ein Stück weit von ihm distanziert hat.

Entscheidend ist die Stimme Cristina Fernández de Kirchners. Aus ihrer Umgebung wird berichtet, dass, als ihr

Ehemann Néstor noch lebte, er das letzte Wort hatte, sie aber als seine Vertraute maßgeblich in die Entscheidungsfindung eingebunden war. Nun nimmt sie die Stellung ihres Mannes ein, und es heißt, dass ihr Sohn Máximo die Rolle des Vertrauten und persönlichen Beraters ausübt. Die Entscheidungsmechanismen haben sich insofern nicht geändert. Durch den 23. Oktober haben sich aber die Rahmenbedingungen des Regierens zugunsten der Präsidentin verschoben.

Das Erstaunliche der Wahlen 2011 lag darin, dass Fernández de Kirchner ihren überwältigenden Wahlsieg nicht nur gegen die veröffentlichte Meinung des größten Medienkonzerns Clarín, sondern auch ohne Einbindung der peronistischen „Territorialfürsten“ errang. Zu deren Missbehagen hatte die Präsidentin die Kandidatenaufstellung der FVP für die Parlamentswahlen praktisch im Alleingang vollzogen. Geschadet hat es der Präsidentin an den Wahlurnen nicht. Entsprechend selbstbewusst hieß es nach dem Wahltriumph aus der unmittelbaren Umgebung der Präsidentin: „Die Stimmen gehören Cristina“. Es ist wohl nicht falsch, darin eine Absage an die Ansprüche der vormals mächtigen peronistischen Parteigänger zu sehen.

Néstor Kirchner hatte sich noch um Ausgleich mit dem peronistischen Establishment bemüht und kannte jeden einzelnen Entscheidungsträger bis zur lokalen Ebene mit Namen. Cristina Fernández de Kirchner scheint das – zumindest vorerst – nicht mehr nötig zu haben. Ihre Ansprache über die Medien gilt unmittelbar dem Volk, auf dessen Unterstützung sie mehr denn je baut. Vielleicht markieren die erneute Zuspitzung personalistischer Machtausübung sowie die weitere Zurückdrängung von intermediären Strukturen den Übergang zwischen dem *kirchnerismo* der ersten und zweiten Regierungsphase zum *cristinismo* der dritten Amtszeit.

Cristina Fernández de Kirchners Ansprache über die Medien gilt unmittelbar dem Volk, auf dessen Unterstützung sie mehr denn je baut.

FOLGEN FÜR DIE OPPOSITION

Der „Wahl-Tsunami“ am 23. Oktober hat insbesondere die Opposition schwer in Mitleidenschaft gezogen. Viel ist trotz erfolgreicher Zwischenwahlen 2009 nicht von ihr übrig geblieben. Für einen Teil des altbekannten politischen

Personals – vor allem für Elisa Carrió (1,82 Prozent) und Ex-Präsident Eduardo Duhalde (5,86 Prozent) – dürfte das Ende der politischen Karriere bevorstehen. Der ebenfalls schwer angeschlagene Ricardo Alfonsín (11,14 Prozent) ringt innerhalb der linksliberalen Unión Cívica Radical um seine politische Zukunft. Alberto Rodríguez Súa (7,86 Prozent) gelang es immerhin, die Präsidentin in seiner Heimatprovinz San Luis zu schlagen. Außerdem dürfte es ihm Genugtuung bereitet haben, dass er mehr Stimmen holte als Eduardo Duhalde, der wie Rodríguez Súa aus dem Kirchner-kritischen Lager innerhalb des Peronismus stammt.

Allein das Ergebnis des Sozialisten Hermes Binner (16,81 Prozent) kann als relativer Erfolg gewertet werden. Seine Wahlplattform Frente Amplio Progresista (FAP) beansprucht seitdem, die zweite politische Kraft in Argentinien zu sein. Allerdings gilt die FAP als äußerst heterogen, so dass kaum ein Beobachter dem Bündnis eine lange Lebensdauer zutraut. Wegen ihrer partiellen ideologischen Nähe zur Regierung (hier wie dort definiert man sich als *progresista*), nicht zuletzt aber auch aus Mangel an politischem Gewicht ist eher nicht zu erwarten, dass der FAP eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit der Regierung zuwächst. Manche spekulieren sogar über ein Zusammengehen in einer Reihe entscheidender Einzelfragen.

Mauricio Macri, Chef der Mitte-Partei PRO, war entgegen früherer Absichtserklärungen nicht zu den Präsidentschaftswahlen angetreten. Angesichts dessen haben seine

Seine Machtbasis hatte Macri in Buenos Aires wenige Wochen vor dem 23. Oktober mit einem herausragenden Wahlergebnis verteidigt. Seinen Anspruch auf eine Präsidentschaftskandidatur 2015 hat er daraufhin angedeutet.

Abgeordneten kandidaten bei den Kongresswahlen erstaunlich gut abgeschnitten. Seine Machtbasis als „Jefe de Gobierno“ in der Stadt Buenos Aires hatte Macri wenige Wochen vor dem 23. Oktober mit einem herausragenden Wahlergebnis verteidigt.

Seinen Anspruch auf eine Präsidentschaftskandidatur 2015 hat er daraufhin angedeutet. Indessen bleibt PRO vorerst eine Regionalpartei in der Stadt Buenos Aires. Der Versuch, Parteistrukturen im argentinischen „Territorium“ aufzubauen, ist bislang nicht allzu erfolgreich verlaufen. Neue Brückenschläge zu Bürgermeistern in der wahlentscheidenden Provinz von Buenos Aires bahnen sich allerdings bereits an.

Fraglich ist, ob die jahrelange Konfrontation zwischen den Regierungen Kirchner und Macri fortgeführt wird oder die gegenseitigen Entspannungsgesten während des Wahlkampfes in eine kooperative Politikgestaltung umgesetzt werden. Nicht wenige Beobachter zählen darauf, dass die übermächtige nationale Regierung der Stadtregierung allein schon deswegen gewisse Entfaltungsmöglichkeiten lassen wird, damit sie im fast „oppositionsfreien Raum“ des heutigen Argentiniens einen politischen Gegner hat, den man notfalls als Blitzableiter für eigene Fehlleistungen, aber vor allem zur parteiinternen Disziplinierung braucht.

Nirgendwo in der argentinischen Politik ist ein wirkliches Gegengewicht zur Regierung auszumachen. Der neue Kongress kehrt zu den Verhältnissen der Zeit vor 2009 zurück, als die regierungstreuen Gruppierungen in beiden Häusern schon einmal über klare Mehrheiten verfügten. Als Aktionsfeld der Opposition taugt er künftig wieder nur sehr eingeschränkt. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Regierung die neuen Mehrheiten nutzt, um zentrale Gesetzesvorhaben – wie zum Beispiel den Haushalt oder die Verlängerung des wirtschaftlichen Notstands – im Schnellverfahren durch den Kongress zu bringen.

Der neue Kongress kehrt zu den Verhältnissen vor 2009 zurück, als die regierungstreuen Gruppierungen in beiden Häusern schon einmal über klare Mehrheiten verfügten.

Aus heutiger Sicht hat Mauricio Macri das meiste Potential, die Regierung 2015 herausfordern zu können. Nicht wenige Beobachter sagen jedoch, dass nur eine schwere Krise die Wahlchancen Macris erheblich verbessern würde. Verlaufen die kommenden Jahre wenigstens einigermaßen ruhig, geht ihre Erwartung dahin, dass sich die entscheidenden Machtkämpfe innerhalb der peronistischen Bewegung vollziehen. Wie die Wahlen 2011 deutlich gezeigt haben, bleibt der Peronismus die bei Weitem bedeutendste politische Kraft Argentiniens.

Der Wahlerfolg Fernández de Kirchners hat insgesamt zu einer Sammlung des Peronismus geführt. Die Gruppierungen, die zuvor im „Peronismo Federal“ Distanz zum Kirchnerismus gesucht hatten, bewegen sich zurzeit in ihrer Mehrheit auf die nationale Regierung zu. Der kleinere Teil scheint sich PRO anzunähern. Die weiterhin offen anti-kirchneristischen Gefolgsleute Duhaldes erscheinen isoliert. Unsicher ist, wohin Francisco de Narváez, der schillernde

Wahlsieger der Abgeordnetenhauswahlen 2009, steuert. Er ist im Rennen um das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und unterlag dem ebenfalls peronistischen Amtsinhaber Daniel Scioli um Längen. Nachdem de Narvaéz den Schulterchluss mit Alfonsíns UCR gesucht hat, ist die Rückkehr zu seinen alten Bündnispartnern Macri und Felipe Solá erschwert. Letzterer – bis vor Kurzem Fraktionsvorsitzender des Peronismo Federal – ist zum Sciolismo übergelaufen.

UNANTASTBARE DOMINANZ

Innerhalb der an Wahlerfolgen orientierten peronistischen Bewegung steht die Präsidentin zurzeit unangreifbar dar. Längst wird eine Verfassungsänderung, die ab 2015 eine dritte Amtsperiode ermöglichen würde, öffentlich diskutiert. Selbst eine Umwandlung des Präsidialsystems zum parlamentarischen System ist ein Thema, das in diesem Zusammenhang aufgeworfen worden ist. Seltsamerweise flaute das Interesse an diesen Fragen, die vor dem 23. Oktober noch heiß diskutiert wurden, nach den Wahlen deutlich

Je weiter die Amtsperiode der Präsidentin fortschreitet, desto schwieriger wird es, das anspruchsvolle Projekt einer Verfassungsänderung zu verwirklichen.

ab. Tatsächlich hat es die Präsidentin im Augenblick nicht nötig, sich dazu zu äußern. Doch je weiter die Amtsperiode fortschreitet, desto schwieriger wird es, das anspruchsvolle Projekt einer Verfassungsänderung zu verwirklichen. Einige Äußerungen der Präsidentin sprechen dafür, dass sie eher dahin tendiert, den Übergang zu einer jüngeren Politikergeneration einzuleiten. So betonte sie mehrfach, es ginge nicht um sie, sondern um die Fortsetzung des politischen „Modells“, das wenig scharf umrissen, aber national und populär ausgerichtet ist und unter anderem auf Verstaatlichungen, starke Einflussnahme der Regierung in die Wirtschaft, Priorisierung nationaler Interessen im Außenhandel, Distanz zum IWF, eine vor allem konsumgestützte Wachstumspolitik und Geldtransfers zu den ärmeren Bevölkerungsschichten setzt. Dass die Präsidentin über die Nachfolgeregelung nachdenkt, in der ihr Sohn Máximo eine Rolle spielen würde, ist vorstellbar, aber noch nicht abzusehen.

Ebenso eindeutig wie die derzeitige Dominanz Fernández de Kirchners ist, dass eine Reihe von peronistischen Politikern ihre persönlichen Ambitionen nicht aufgeben werden.

Dass sie gegen eine erneute Wiederwahl der Präsidentin opponieren, erscheint zwar aus der heutigen Sicht noch viel zu verwegen. Sollte die Präsidentin ihre Rolle aber nur darin sehen, einen Nachfolgekandidaten aufzubauen, bleibt mehr Spielraum zur eigenen Profilierung.

Viele Beobachter sehen im Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, einen möglichen Anwärter auf die nächste Präsidentschaftskandidatur aus dem Peronismus.

In der Provinz Buenos Aires erzielte Daniel Scioli ein herausragendes Wahlergebnis. Er gilt als möglicher Anwärter auf die nächste Präsidentschaftskandidatur aus dem Peronismus.

In der weitaus größten Provinz Argentiniens erzielte er ein herausragendes Wahlergebnis und versuchte, sich bereits im Wahlkampf an einigen Stellen von der Präsidentin abzusetzen. Dass die Präsidentin seine Ansprüche wahrgenommen hat, wird an der Tatsache deutlich, dass sie Scioli einen Vizegouverneur aufzwang, dessen Hauptaufgabe wohl darin besteht, Sciolis Machtpläne einzuhegen. Allerdings ist Scioli nicht der einzige peronistische Politiker mit eigenständigem Profil. Unter anderem den Gouverneuren José Manuel de la Sota (Córdoba), Juan Manuel Urtubey (Salta) und Jorge Capitanich (Chaco) wird zugetraut, dass sie auf nationaler Ebene an Statur gewinnen könnten.

Trotz aller gegenwärtigen Huldigungsadressen an die Präsidentin hat sich der Peronismus noch längst nicht zu einem Monolithen entwickelt. Eines seiner Wesensmerkmale bleibt die Wandlungsfähigkeit in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Konjunkturen. Aus dieser Sicht muss es heute taktisch klug erscheinen, nicht gegen den Wahl-Tsunami vom 23. Oktober anzuschwimmen, sich aber gleichzeitig für den Fall zu wappnen, dass sich die Strömungsverhältnisse ändern könnten. Was es für den Kirchnerismus bedeutet, wenn in den kommenden Jahren die finanziellen Verteilungsspielräume deutlich abnehmen werden, ist beispielsweise noch nicht ausgemacht.

MÖGLICHE KONFLIKTE: DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER CLARÍN-KONZERN

Wie die Bevölkerung insgesamt werden wohl auch die politischen Führer innerhalb des Peronismus 2012 sehr genau beobachten, wie sich die Präsidentin im politischen, vor allem aber wirtschaftlichen Alltag schlägt. Im Wahljahr,

dem Jahr nach dem Tod Néstor Kirchners, vermied sie jegliche schmerzhaftige Entscheidung. Nun bleibt ihr nicht viel anderes übrig, als in schwierigen Fragen Farbe zu bekennen.

Erste Konflikte mit den zum peronistischen Establishment gehörenden Gewerkschaften deuten sich bereits an. Vor allem scheint der Burgfrieden mit dem mächtigen Führer der Einheitsgewerkschaft CGT, Hugo Moyano, ins Wanken zu geraten. Seit Wochen wird über seine mögliche Ablösung spekuliert. Umso mehr sah sich Moyano veranlasst, seine Forderungen öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Dass er eine Gedenkveranstaltung zum einjährigen Todestag Néstor Kirchners als Forum nutzte, um seine Idee einer gesetzlich verankerten Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer zu propagieren, und er noch dazu Néstor Kirchner für seine Pläne in Anspruch nahm („Die Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen der Firmen ist die beste Möglichkeit, Néstor Kirchner zu huldigen“), soll die Präsidentin ihm übel genommen haben. Mit Forderungen nach Sonderzahlungen und Steuererleichterungen für Arbeitnehmer stichelt der politisch hoch ambitionierte Moyano – als sein Vorbild gilt der brasilianische Gewerkschaftsführer und ehemalige Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva – weiter. Spätestens über die Frage von Gehaltserhöhungen könnten die Scharmützel mit der Regierung in eine offene Feldschlacht übergehen. Noch wahren beide Seiten den guten Ton.

Ein erstes Anzeichen dessen, was bevorstehen könnte, ist die Weigerung der Regierung, eine von der Gewerkschaft für Landarbeiter ausgehandelte Lohnerhöhung von 35,7 Prozent zu bestätigen. Angesichts der galoppierenden Inflation will die Regierung die Tarifparteien offenbar dazu veranlassen, künftig moderatere Lohnabschlüsse zu vereinbaren. Dabei appelliert die Regierung vorerst an die patriotische Einsicht aller Beteiligten. Gleichzeitig steht aber bereits die Drohung einer Deckelung von Lohnerhöhungen bei 18 Prozent im Raum, die im Wege eines Präsidialdekrets verordnet werden könnte. Dass die streitlustigen argentinischen Gewerkschaften bei einer jährlichen Inflationsrate von 24 Prozent eine solche Basta-Entscheidung der Präsidentin einfach abnicken würden, ist eher zu bezweifeln.

Einige Kommentatoren werfen die Frage auf, ob der Konflikt „bis aufs Messer“ ein Strukturelement des Kirchnerismus darstellt und möglicherweise – nach dem „Campo“, also den Vertretern der Landwirtschaft, und dem Medienkonzern Clarín – die Gewerkschaften zum nächsten großen Gegner ausgerufen werden könnten. Der Zugriff auf die riesigen Fonds der gewerkschaftlichen Sozialkassen (*obras sociales*) könnte, so sagen sie, ein zusätzlicher Anreiz für die Regierung sein, den Kampf zu wagen. Die öffentliche Meinung in der Auseinandersetzung gegen die Gewerkschaften hätte sie hinter sich.

Sehr wahrscheinlich ist, dass die Regierung ihren „Kulturkampf“ gegen die beiden bedeutendsten Tageszeitungen *Clarín* und *La Nación* fortsetzt. Die zahlreichen internationalen Ermahnungen zur Bewahrung der Pressefreiheit haben die Wahlentscheidung der Argentinier so gut wie gar nicht beeinflusst. Nicht ganz zu Unrecht galten die Medienorgane, insbesondere *Clarín*, als die eigentliche Opposition im Lande. Nach den Wahlen gehören sie zu gefühlten Verlierern. Wenig dürfte aus Sicht der Regierung dagegen sprechen, jetzt die Früchte des Sieges einzufahren. Zu erwarten ist, dass die ausstehenden Gerichtsentscheidungen über einige umstrittene Kernpunkte des neuen Mediengesetzes regierungsseitig verstärkt eingefordert werden. Darüber hinaus könnte es geschehen, dass der neue Kongress die mehrheitlich im Besitz von Clarín befindliche einzige Zeitungspapierfabrik des Landes, Papel Prensa, enteignet, indem Zeitungspapier zum nationalen Gut erklärt wird. Über Importbeschränkungen hätte die Regierung die Papierzufuhr vollständig in Händen. Indessen erscheint der Konflikt mit den regierungskritischen Zeitungskonzernen vielen Argentinern fast wie „Schnee von gestern“. Alle blicken gebannt auf das Geschehen in der Wirtschaft.

Die zahlreichen internationalen Ermahnungen zur Bewahrung der Pressefreiheit haben die Wahlentscheidung der Argentinier so gut wie gar nicht beeinflusst.

REGIERUNG SORGT SICH UM DEN PESO

Fast mit der Brechstange ist die Regierung in den Wochen nach der Wahl daran gegangen, einige der wirtschaftlichen Brandherde unter Kontrolle zu bringen. In Anbetracht der eskalierenden Devisenverluste der argentinischen Zentralbank – seit Juni summieren sie sich auf rund zehn der

insgesamt 52 Milliarden Dollarreserven – sind harsche Restriktionen für Wechselgeschäfte von Peso in Dollar verhängt worden. Demnach müssen Banken und Wechselstuben für jede Transaktion die Erlaubnis der Finanzbehörde AFIP einholen. Anhand der ihr vorliegenden Daten entscheidet sie, ob und, wenn ja, wie viele Dollars der Kunde kaufen darf. Überdies sieht die entsprechende Resolution der AFIP vor, dass der Käufer den Verwendungszweck der Dollars (*destino*) angibt. Rund 4.400 AFIP-Mitarbeiter wurden in die Banken und Wechselstuben entsandt, um sie bei der Umsetzung der neuen Vorgaben zu „beraten“.

Vorausgegangen war ein Präsidialdekret, das alle Bergbau- und Ölgesellschaften verpflichtete, ihre durch Export erworbenen Devisen nach Argentinien zurückzuführen. Versicherungen wurden angehalten, im Ausland befindliche Aktiva zu verkaufen und ins Land zu holen. Nun ist zu hören, dass sich die Zentralbank an die großen Industrieproduzenten gewandt hat. Sie sollen angehalten worden sein, für den Zeitraum von 20 Tagen von Importen abzusehen und von Lagerbeständen zu leben. Mancher Beobachter kommt zu dem Schluss, dass die Regierung versucht, über die Runden zu kommen, bis mit der nächsten Ernte erneut riesige Devisenmengen ins Land gespült werden.

Beobachter kommen zu dem Schluss, dass die Regierung versucht, über die Runden zu kommen, bis mit der nächsten Ernte erneut Devisen ins Land gespült werden.

Ziel der Regierung ist es wohl, den Dollarmarkt zu beruhigen, ohne den Peso abwerten zu müssen. Letzteres würde das Vertrauen in die eigene Währung weiter untergraben. Ein Peso, der trotz erheblicher Inflation im Verhältnis zum Dollar stabil blieb, war eine Grundlage für die von der Regierung betriebene, konsumorientierte Wirtschaftspolitik, führte aber auch zu einer Zunahme der Importe mit den damit einhergehenden Devisenverlusten. Vor allem aber, weil die Argentinier in den Monaten in wachsendem Umfang Pesos in Dollar eintauschten und der Wechselkurs auf 4,29 Pesos absackte, hat die Zentralbank mit dem Verkauf großer Mengen an Dollardevisen den Wert des Pesos abgesichert. Allein im Oktober brachte die Zentralbank 1,5 Milliarden Dollar auf den Markt. Im Augenblick kostet ein Peso offiziell ca. 4,70 Dollar.

Auf dem Devisenmarkt ist inzwischen mehr Ruhe eingekehrt. Die Restriktionen zeigten Wirkung, doch hatten sie auch negative Folgen. Zeitweise war der *dólar blue* auf dem Schwarzmarkt bis zu fünf Pesos wert.

Zeitweise war der „dólar blue“ auf dem Schwarzmarkt bis zu fünf Pesos wert. Wer noch Pesos unter dem Kopfkissen hatte, versuchte sie nun erst recht einzutauschen. Viele Inhaber von Dollarkonten hoben ihre Ersparnisse ab.

Wer noch Pesos unter dem Kopfkissen hatte, versuchte sie nun erst recht einzutauschen; viele Inhaber von Dollarkonten hoben ihre Ersparnisse ab. Laut Zeitungsberichten gingen die Steuerungsversuche der Regierung so weit, dass der Staatssekretär für Binnenhandel, Guillermo Moreno, mit den Besitzern der Wechselstuben telefoniere, damit der Dollarpreis auf dem Schwarzmarkt gesenkt werde.

Skeptische Stimmen argwöhnen, dass sich Argentinien möglicherweise auf einen mehrfach geteilten Dollarmarkt zubewege und der Staat künftig – neben dem Schwarzmarkt – unterschiedliche Kurse für die Devisenausfuhr bzw. -einfuhr festsetzen werde. So könne beispielsweise dazu kommen, dass für Reisende, die im Ausland mit Kreditkarte bezahlen, ein besonders hoher Wechselkurs für *dólares turísticos* veranschlagt werden. Die Regierung weist derartige Überlegungen weit von sich.

Mit wesentlich mehr politischer Vorsicht, aber mit vergleichbarem regulatorischem Rigorismus, hat die argentinische Regierung auch das Problem der überhand nehmenden Subventionen für den Verbrauch von Strom, Gas und Wasser sowie für den öffentlichen Nahverkehr in Angriff genommen. 16 Milliarden Dollar, das heißt sechs Prozent des BIP, machen die Zuschüsse 2011 aus. Sie belasten den Staatshaushalt schwer, ohne dass dafür ein besserer Service durch die Versorgungsunternehmen erreicht worden wäre. In einem ersten Schritt sollen die Gas-, Strom- und Wassersubventionen für alle Abnehmer in den reichen Stadtvierteln von Buenos Aires und in allen „Country-Clubs“ des Landes (geschlossene Wohnanlagen) gestrichen werden. In einem zweiten Schritte werden alle Kunden aufgefordert, freiwillig auf Zuschüsse zu verzichten oder an Eides statt zu erklären, dass sie aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse auf sie angewiesen sind. Noch sind die Versorger nicht auf eine derartige Umstellung vorbereitet. Sowohl die Bestimmung der Stadtteilgrenzen als auch die Abgrenzung von armen und reichen Stromkunden fällt

schwer. Ebenso werden die Subventionen für bestimmte Wirtschaftssektoren – Banken, Häfen, Flughäfen, Casinos, Mobilfunk-, Bergbau- und Energieunternehmen – gestrichen. Alle betroffenen Abnehmer sehen mindestens eine Verdopplung der Verbrauchskosten auf sich zukommen.

Die Einschränkung der Subventionen war angesichts eines inzwischen defizitären Staatshaushalts notwendig. Dabei wird schon heute der Schuldendienst aus Reserven der Zentralbank bedient und ein Teil der öffentlichen Ausgaben von der Sozialversicherungskasse ANSES gedeckt. Vielfach war die Beibehaltung niedriger Energie-, Wasser- und Transportpreise als Inflationsbremse betrachtet worden. Nun bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen der Abbau der Preis-subsidien für die Inflationsentwicklung hat. Wenn es schlecht ausgeht, könnte der Subventionsabbau die Inflationserwartung weiter anheizen.

Vielfach war die Beibehaltung niedriger Energie-, Wasser- und Transportpreise als Inflationsbremse betrachtet worden. Nun bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen der Abbau der Subventionen für die Inflationsentwicklung hat.

Private Institute beziffern die Inflation für 2011 zurzeit auf 23,5 Prozent jährlich. Die offiziellen Zahlen der staatlichen Statistikbehörde INDEC kommen auf rund zehn Prozent Preissteigerung, gelten aber als manipuliert. Dass eine Inflation in der Größenordnung von über 20 Prozent kein Ruhmesblatt für die Regierung ist, wird jeder leicht nachvollziehen. Warum die Regierung seit einiger Zeit aber dazu übergegangen ist, auf die zwölf privaten Wirtschaftsinstitute, die eigene Zahlen zur Inflation ermitteln, Druck auszuüben, bleibt angesichts der unangreifbaren Stellung der Regierung unverständlich. Geldstrafen in Höhe von rund 120.000 US-Dollar sind gegen die Institute verhängt worden. Vier von ihnen haben die Inflationsmessung inzwischen eingestellt. Acht setzen sie fort, aber sie geben die Zahlen nicht mehr wie früher an die Presse weiter, sondern die oppositionsgeführte „Parlamentskommission für die Freiheit des Wortes“ veröffentlicht den Durchschnitt der von den acht Instituten berechneten Werte. Mit den veränderten Mehrheitsverhältnissen wird demnächst wohl eine Gruppe oppositioneller Abgeordneter die Inflationsstatistiken bekannt geben. Derzeit fürchten die Wirtschaftsinstitute, dass sie mitten in die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften geraten könnten, wenn um die nächsten Lohnerhöhungen gerungen wird.

AUSBLICK: GÜNSTIGE RAHMENBEDINGUNGEN

Große Aufmerksamkeit hat ausgelöst, dass die Präsidentin kürzlich erstmals in einer öffentlichen Rede das Wort „Inflation“ in den Mund genommen hat. Insgesamt schien es, als kündige sie eine Phase wirtschaftlicher Rationalität an. Dass der Wille vorhanden ist, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, lässt sich nach den Geschehnissen der letzten Wochen nicht bezweifeln. Noch wirken die ersten Schritte allerdings reichlich improvisiert. Einige Argentinier sagen, sie seien das seit jeher so gewöhnt. Dennoch ist zweifelhaft, ob die Methode von Kommando und Kontrolle, die das Regierungshandeln bislang allzu oft bestimmt, zu einem geordneten Anpassungsprozess in der argentinischen Wirtschaft führt.

Es ist zweifelhaft, ob die Methode von Kommando und Kontrolle, die das Handeln der Regierung oft bestimmt, zu einem geordneten Anpassungsprozess in der argentinischen Wirtschaft führt.

Experten fordern klare Regeln, koordiniertes Handeln und die Transparenz der wirtschaftlichen Zahlen. Woran es fehle, sei der Glaube an die Stabilität der eigenen Ökonomie. Seit dreißig Jahren fließt argentinisches Kapital ins Ausland ab – und das mit stark steigender Tendenz. Faktisch ist Argentinien Kreditgeber für andere Länder. Angesichts des Haushaltsdefizits und sinkender Wachstumszahlen kann die argentinische Regierung künftig nur eingeschränkt eigene Impulse für die Wirtschaft setzen. Dabei gäbe es privates Kapital zur Genüge. Die Mittel zur Schaffung von mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätzen sind vorhanden. Vertrauensbildung durch eine stringente Fiskal- und Geldpolitik, durch mehr Unabhängigkeit der Zentralbank und durch die Reform des INDEC wäre keine unerfüllbare Aufgabe.

Gefahren lauern durch eine mögliche Abwertung des brasilianischen Reals und durch die Einflüsse der Wirtschafts- und Finanzkrise. Aber: Noch nie in der Geschichte waren die übergeordneten Rahmenbedingungen für Argentinien so günstig. Indien und China kaufen immer mehr von dem, was Argentinien produziert. Die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter wie Soja erreichen Rekordhöhen. Der Nachbar Brasilien entwickelt sich zum großen Ölproduzenten und erweist sich als lukrativer Absatzmarkt für die argentinische Industrie. Gemessen an den Chancen sind die Herausforderungen gering.